

SZ, 10.10.18: Ernährung in D WISSEN

Mittwoch, 10. Oktober 2018
Ernährung Das große Schlemmen

Mindestens 70 Länder der Welt beschränken Werbung, Verkauf und Herstellung ungesunder Lebensmittel. Doch die deutsche Ernährungs-Politik ist von Unwissen, Trägheit und Lobbyismus geprägt.

VON BERIT UHLMANN

Zucker, Fett, Salz: Was Geschmack verstärkt (hier ein Schokoeis), ist in großen Mengen nicht gesund. Soll die Politik bremsen? Foto: Julian Stratenschulte/dpa

Überraschungseier sind landesweit aus dem Sortiment geflogen. Auf Cornflakes-Schachteln grinsen keine Comic-Figuren mehr, und Schokodragees auf den Verpackungen sehen auch nicht mehr aus wie Menschlein in bester Partylaune. Von dem ganzen Feuerwerk der Verführung, das tagtäglich in den Supermärkten dieser Welt gezündet wird, ist in Chile nur noch wenig übrig. Stattdessen warnen auf den Verpackungen allenthalben schwarze Plaketten vor zu viel Kalorien, Zucker, Salz oder gesättigten Fetten. Manche Produkte liegen gnadenlos bloßgestellt im Regal. Viermal schwarz. Schön sieht das nicht aus. Doch die Strenge zeigt Wirkung. Nach Angaben der chilenischen Wirtschaft kam bereits zur Einführung der strengen Kennzeichnungs-Regeln jedes fünfte verarbeitete Produkt mit veränderter Rezeptur auf den Markt, um den Warnschildern zu entgehen.

Chile ist in den vergangenen Jahren zu einem einzigartigen Laboratorium der Ernährungsförderung geworden. Nahezu alles, was an politischen Maßnahmen zur Verfügung steht, fand Eingang in das Experiment: Kennzeichnungen, Steuererhöhungen, Werbebeschränkungen, Gesetze für den Gehalt der Schulverpflegung, Eingriffe in die Rezepturen - alles wird umgesetzt. Experten warten gespannt auf weitere Ergebnisse. In dem südamerikanischen Staat wird in großer Konsequenz ausgeführt, was mindestens 70 weitere Länder der Erde zunehmend versuchen: jene Teile der Lebensmittelindustrie in die Schranken zu weisen, die bislang ignorierten, dass ihre Produkte Blutgefäßen zusetzen, den Blutzucker entgleisen lassen, Zähne schädigen und die Leber verfetten lassen.

Wirklich interessant wird es bei Steuern auf schädliche Lebensmittel

Was genau die einzelnen Länder wagen, listet die Datenbank des World Cancer Research Fund auf. Die Bilanz umfasst etwa 25 Staaten, die zur Kennzeichnung von Lebensmitteln Ampeln, Logos, Gütezeichen oder Vergleichbares eingeführt haben, wenngleich vieles nur auf freiwilliger Basis. Zehn Länder begrenzen die Werbung für Süßwaren und Fast Food. Etwa 20 Staaten verpflichten Schulkantinen zu Mahlzeiten, die wissenschaftliche Standards erfüllen. Noch einmal so viele verbieten den Verkauf von Brausen und zuckrigen Snacks im schuleigenen Pausenverkauf. "Schulprogramme, die gesunde Ernährung in den Alltag integrieren, sind effektiver als Aufklärung oder Kennzeichnungen", sagt Julika Loss, Präventionsforscherin an der Universität Regensburg.

Wirklich interessant aber wird es bei Steuern auf schädliche Lebensmittel, die mittlerweile mehr als 20 Länder eingeführt haben. "Sie gehören zu den effektivsten Maßnahmen", sagt Barbara Bitzer, Sprecherin der Deutschen Allianz Nichtübertragbare Krankheiten (DANK), in

der mehr als 20 wissenschaftliche Institutionen und Verbände zusammengeschlossen sind. Wirkungen sah man beispielsweise in Mexiko. Nachdem die Steuer den Preis von Süßgetränken um zehn Prozent angehoben hatte, sank deren Konsum um eine ähnliche Rate. Als Ungarn besonders fett- und zuckerhaltige Lebensmittel stärker besteuerte, änderten 40 Prozent der Hersteller die Rezepturen.

Selbst vor einem kompletten Verbot einzelner Zutaten - gleichsam die höchste Eskalationsstufe - schrecken einige Regierungen nicht zurück. Wer sich zum Beispiel in den USA einen Donut oder eine Tüte Pommes kauft, kann sich zumindest einer Sache recht sicher sein: So sehr Öl und Schmalz triefen, das schädlichste aller Fette ist höchstwahrscheinlich nicht im Produkt enthalten. **Transfettsäuren sind seit dem Sommer aus Handel und Gastronomie verbannt.** Damit ist die Billigzutat, auf deren Konto nach Schätzung der Weltgesundheitsorganisation WHO jährlich eine **halbe Millionen Todesfälle** gehen, in sieben Ländern der Welt ganz oder fast ganz verboten. Etwa zehn weitere Länder, darunter Argentinien, die Niederlande und Portugal, greifen in Rezepturen der Hersteller ein, indem sie Salz-Obergrenzen festlegen.

Manche Staaten experimentieren darüberhinaus mit individuellen Ansätzen, die mal drastisch, mal kreativ, mal eher Notlösungen sind. Auf den Fidschi-Inseln ist fettiges Hammelfleisch verboten. In den Vereinigten Arabischen Emiraten dürfen Schüler nur solche Pausenbrote mitbringen, die im Einklang mit den Ernährungsregeln der Einrichtung stehen. In Uganda ist Landwirtschaft ein Schulfach, die Kinder werkeln in großem Stil im Gemüsegarten. In Bahrein und einigen US-Städten werden Kindermenüs standardmäßig mit Wasser, Fruchtsaft oder Milch serviert. Andere Getränke gibt es nur auf ausdrücklichen Wunsch.

Und in Deutschland? Riskiert hier seine politische Zukunft, wer eine so simple Idee wie einen fleischlosen Tag in Kantinen vorbringt? **Man muss lange suchen, um auch nur ein Beispiel für herausragendes bundesdeutsches Engagement zu finden.** Eigentlich gibt es nur den Punkt Schulspeisung, für die es immerhin wissenschaftlich fundierte nationale Regeln gibt. Allerdings ist dieser Standard lediglich in den vier kleinsten Bundesländern verbindlich. Der deutsche Beitrag in Sachen gesunde Ernährung lässt sich etwas überspitzt auf folgendes Bild bringen: Bohnen auf Berliner Schultellern.

Bei allen anderen Schritten hinkt Deutschland vielen Ländern weit hinterher. Werbung beschränken Unternehmen nur auf freiwilliger Basis, was so schlecht funktioniert, wie man es sich vorstellt. Wenn die Unternehmen überhaupt mitmachen, dann kramen sie gerne sehr niedrige und oft veraltete Grenzwerte aus der Literatur hervor. **Sanktionsmöglichkeiten existieren nicht.** "Freiwillige Vereinbarungen haben sich als praktisch wirkungslos erwiesen", sagt Bitzer. Auch Transfette reduzieren die Firmen nur freiwillig. Die Lebensmittelampel ist längst vom Tisch, die Zuckersteuer gar nicht erst auf der Agenda, obwohl die Deutsche Allianz Nichtübertragbare Krankheiten bereits ein Modell für Deutschland vorgelegt hat.

Dabei werden all diese Maßnahmen längst von der WHO empfohlen - aus gutem Grund: Elf Prozent aller durch Krankheit oder Tod verlorenen Lebenszeit geht in Deutschland allein auf ungünstige Ernährung zurück. Das ungebremste Schlemmen fordert mehr gesunde Jahre als Tabak und Alkohol. Allein Diabetes und seine Folgen kosten die Solidargemeinschaft jährlich 35 Millionen Euro.

Doch die Bundesregierung antwortet seit Jahrzehnten mit den immer gleichen Ideen:

Informationskampagnen, Faltblätter, mal eine Website mit Küchentipps. Das ist per se nicht falsch, nur hat einfache Aufklärung die geringste Wirkung, wie Julika Loss erklärt: "Doch alles, was über kommunikative Maßnahmen hinausgeht, wird in Deutschland als unbotmäßige Beeinflussung der Bürger wahrgenommen".

Natürlich ist die Ernährung ein schwieriges Feld mit schwer zu klärenden Detailfragen. Wo genau legt man die Grenzwerte für welches Fett fest? Wie verhindert man, dass manche Menschen am Ende zu wenig Salz aufnehmen? Ist natürlicher Zucker in Fruchtsäften mit zugesetztem Industriezucker gleichzusetzen? Auch ethische Probleme stellen sich. "Eine Steuererhöhung schränkt die Wahl für einkommensschwache Menschen stärker ein als für Menschen mit hohem Einkommen. Das ist nicht gerecht", gibt Julika Loss zu bedenken.

Aber können diese Fragen das Zögern der deutschen Politik erklären? Gesundheitswissenschaftler, die im vergangenen Jahr im Deutschen Ärzteblatt die Präventionsvorhaben der Politik ausgewertet haben, nennen andere Gründe: "Fehlendes Wissen, mangelndes Problembewusstsein, ideologisch begründete Missverständnisse, politische Trägheit und wirtschaftlich motivierte Lobbyinteressen". Loss hält auch die insgesamt schwache Position der deutschen Public-Health-Forschung für eine mögliche Ursache.

In Großbritannien beispielsweise haben mehr als 60 Public-Health-Organisationen Druck für die Zuckersteuer gemacht. In Deutschland sitzen derzeit genau vier medizinische Fachgesellschaften an einem runden Tisch im Bundesernährungsministerium, der darüber debattiert, wie Fett, Salz und Zucker in Fertigprodukten begrenzt werden können. Ihnen gegenüber ein Mehrfaches an Industrieverbänden. "Es ist schwer gegen diese Übermacht anzukommen", sagt Bitzer, die an den Gesprächen teilnimmt.

17 Mal trafen sich Mitarbeiter des Ministeriums mit Vertretern der Nahrungsmittel-Industrie

Diese Konstellation besteht, seit an der "Nationalen Reduktionsstrategie" - so der offizielle Name - gearbeitet wird. In den ersten beiden Jahren trafen sich Mitarbeiter des Ministeriums alleine 17 Mal mit Vertretern der Zucker- und Süßwarenindustrie. Hinzu kamen zahlreiche Gespräche mit Giganten der Branche und etlichen Wirtschaftsverbänden, wie aus einer Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Grünen hervorgeht.

So ist am Ende zu befürchten, dass der Entwurf aus dem Ministerium Realität wird. Sein Kernstück sind freiwillige Aktionen der Wirtschaft. Und für den Verbraucher: Broschüren und Informationsmaterialien.